

Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes

Das vom Umweltbundesamt (UBA) fachlich begleitete und vom Bundesumweltministerium (BMUB) im Rahmen des Umweltforschungsplans finanzierte Forschungsprojekt evaluiert das gestufte Planungs- und Genehmigungsverfahren der Übertragungsnetze anhand repräsentativer Fallstudien und analysiert das Spannungsverhältnis zwischen beschleunigenden Verfahrenselementen und dem Umweltschutz. Im Ergebnis werden daraus Verbesserungsvorschläge für die Politik abgeleitet.

Das Projekt wird von dem Forschungsteam Höch und Partner Rechtsanwälte mbB, Hitschfeld Büro für strategische Beratung GmbH und Sweco GmbH durchgeführt.

Ein Beirat aus Expertinnen und Experten der Bundesnetzagentur, Planungspraxis, der Übertragungsnetzbetreiber, Interessenvertretern des Umweltschutzes unterstützt die wissenschaftliche Arbeit des Forschungsteams.

Laufzeit und Meilensteine:

November 2015 bis Ende 2018

Expertenworkshop:

im Jahr 2017



Forschungsteam:

Hitschfeld Büro für strategische Beratung GmbH

Dipl. Ing. Uwe Hitschfeld

Dipl.-Komm.-Wirt Christoph Eichenseer

Höch und Partner Rechtsanwälte mbB

RA Marc-Stefan Göge, LL.M. (Projektleitung)

Prof. Dr. Bernd Holznagel, LL.M.

Dr. Melanie Kaufmann

Sweco GmbH

Dr. Rainer Hammer

Konzeption und fachliche Leitung UBA:

Monika Ollig

Telefon: +49 (0) 340 2103 2229

Email: monika.ollig@uba.de

Herausgeber:

Umweltbundesamt

Postfach 14 06

06844 Dessau-Roßlau

Tel: +49 340-2103-0

info@umweltbundesamt.de

Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Bildquellen:

Titel: ©Überlandleitung-ccvision.de

Innen:

©Michael Rosskothén-Fotolia.de

©Silke Seider (Umweltbundesamt)

©Andy Ilmberger-Fotolia.de

Stand: April 2016

► Diesen Flyer als Download

Kurzlink: <http://bit.ly/1Vn7ueB>



Evaluierung des gestuften Planungs- und Genehmigungsverfahrens Stromnetzausbau UFOPLAN 3715 41 114 0 0

Für Mensch & Umwelt

Umwelt 
Bundesamt

Hintergrund und Zielsetzung

Die Energiewende und der damit verbundene Zubau erneuerbarer Energien in Deutschland machen den zeitnahen Ausbau der Übertragungsnetze erforderlich, um die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten Strommengen in sämtliche Regionen des Landes transportieren zu können. Als Mittel der Beschleunigung des Netzausbaus hat der Gesetzgeber im Jahr 2011 das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) an diese Aufgabe angepasst und das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) verabschiedet. Über den eigentlichen Beschleunigungseffekt hinaus soll das Gesetz dazu beitragen, den Netzausbau möglichst rechtssicher und effizient, aber auch transparent und umweltfreundlich zu gestalten.

In diesem Zusammenhang tut sich ein Spannungsfeld auf: Einerseits dient der schnelle Ausbau des Übertragungsnetzes dem Klimaschutz, da die Energieversorgung zunehmend durch Strom aus erneuerbaren Energien bestimmt wird, der möglichst verlustarm über weite Distanzen transportiert werden muss. Gleichzeitig soll der Leitungsausbau möglichst umweltverträglich und ressourcenschonend ausgestaltet sein.

Die Beschleunigung des Netzausbaus soll nicht dazu führen, dass Umweltbelange zu Gunsten der anderen Ziele vernachlässigt werden.

Aufbauend auf einer Analyse des nationalen Rechts und einem Blick in drei europäische Länder soll das Projekt anhand repräsentativer nationaler Netzausbauprojekte das Spannungsverhältnis zwischen beschleunigenden Verfahrenselementen und Umweltschutz evaluieren und daraus Verbesserungsvorschläge für die Politik ableiten.

Arbeitspakete

1. Rechtliche Analyse

Überblick über die nationalen Beschleunigungselemente in gestuften Planungs- und Genehmigungsverfahren – insbesondere von Höchstspannungsleitungen nach EnWG und NABEG – sowie in drei europäischen Ländern.

Auswirkungen der Beschleunigungselemente auf den Rechtsschutz, wobei neben der Frage nach einem phasenweise eröffneten oder einem einheitlichen Rechtsschutz die Rechtswegverkürzungen und Präklusionsvorschriften im Mittelpunkt stehen.

2. Fallstudien

Evaluation der Wirkung von Beschleunigung und Umweltschutz anhand von zehn repräsentativen Projekten aus dem Planungs- und Genehmigungsbereich. Ziel ist es unter anderem herauszuarbeiten, ob und inwieweit ein Zusammenhang zwischen der Verfahrensdauer und der Einhaltung von Umweltstandards sowie zwischen der Verfahrensdauer und dem Umfang der Öffentlichkeitsbeteiligung besteht.

3. Bewertung und Ableitung von Verbesserungsvorschlägen

Wir wirkt sich die Verfahrensbeschleunigung auf die Umweltstandards bei der Planung und Genehmigung aus? Können daraus Verbesserungsvorschläge für Politik und Genehmigungsbehörde abgeleitet werden?



Weitere Forschungsprojekte zum Thema:

- Strategische Umweltprüfung und [neuartige] Pläne und Programme auf der Bundesebene (FKZ 3713 16 100)
- Das Instrument der Bedarfsplanung - Rechtliche Möglichkeiten für und verfahrensrechtliche Anforderungen an ein Instrument für mehr Umweltschutz (FKZ 3714 18 102 0)
- Teilnahmeverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben (FKZ 3714 16 104 0)
- Erfahrungen mit umweltrechtlichen Genehmigungsverfahren anhand exemplarischer Standorte (UBA Berichte 1/01)
- Umweltbelange und raumbezogene Erfordernisse bei der Planung des Ausbaus des Höchstspannungs-Übertragungsnetzes (Climate Change 11/2014).